

# **ANTRAGSBUCH**

## **DER AUßERORDENTLICHEN BEZIRKSKONFERENZ**

vom 17. Juli 2022



## **Antragsverzeichnis**

<b>A01</b>	<b>Leitantrag – Probiere mal mit Entlastung</b>	<b>S. 1-10</b>
<b>A02</b>	<b>Freiheit braucht Solidarität – Zum zukünftigen Umgang mit Corona</b>	<b>S. 11-16</b>
<b>A03</b>	<b>Entwicklungshilfe stärken – Welternährung sichern</b>	<b>S. 17-18</b>
<b>A04</b>	<b>Supermärkte vergesellschaften!</b>	<b>S. 19-21</b>
<b>A05</b>	<b>Landnahme auf Agrarflächen stoppen!</b>	<b>S. 22-23</b>
<b>A06</b>	<b>Krisen erfordern Investitionen – Schuldenbremse endlich abschaffen</b>	<b>S. 24-25</b>
<b>A07</b>	<b>Für eine effektive Liegenschaftspolitik in Bayern!</b>	<b>S. 26-28</b>
<b>A08</b>	<b>Freie Fahrt für helfende Bürger*innen – Alle 1.051.200 Minuten zum Erste-Hilfe-Kurs</b>	<b>S. 29-30</b>
<b>A09</b>	<b>Wo ist Frank-Walter im Alter? Gegen die Dienstpflichten</b>	<b>S. 31-32</b>
<b>A10</b>	<b>Keine Nazi-Katzen für die Bundeswehr!</b>	<b>S. 33-34</b>

# A01

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

## Leitantrag – Probiere mal mit Entlastung

### Antragsteller\*innen

Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

### Adressat\*innen

Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

1 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Putins auf die Ukraine hat zu Verwerfungen  
2 innerhalb des globalen Wirtschaftssystems geführt. Diese Verwerfungen haben auch  
3 Auswirkungen auf unser Leben. Denn Putins Angriffskrieg auf die Ukraine ist, wie die  
4 letzten Monate gezeigt haben, zugleich ein Wirtschaftskrieg gegen die  
5 Unterstützer\*innen der Ukraine. Ziel dieses Wirtschaftskrieges ist es, die  
6 ökonomischen und die daraus folgenden gesellschaftlichen Verwerfungen derart zu  
7 eskalieren, dass die Unterstützung für die Ukraine in Bevölkerung und Regierung  
8 abnimmt. Wir stehen trotz dieser Konsequenzen fest an der Seite der Ukraine.

9

10 Um die Folgen des Krieges, die steigende Inflationsrate und Engpässe in der  
11 Energieversorgung abzumildern, hat die Bundesregierung bereits zwei  
12 Entlastungspakete beschlossen. Teilweise sind diese bereits umgesetzt. Einige  
13 Maßnahmen haben sich als echte Hilfen erwiesen, andere als wirkungslos. Es gilt aus  
14 den Entlastungspaketen zu lernen, neue Maßnahmen zu ergänzen, sinnvolle  
15 Maßnahmen zu verlängern und unsinnige gleich wieder zu beerdigen. Dieser Antrag  
16 ist unsere Bewertung zu den Maßnahmen der ersten zwei Entlastungspakete.

17

18 Denn die vergangenen Wochen und Monate haben klar gezeigt: Der Handlungsdruck  
19 ist weiter hoch! Es braucht ein drittes Entlastungspaket. Wir haben die Konzepte  
20 dafür.

21

22

### 23 **Nachhaltigkeit statt Tankrabatt**

24 Manche Kritiker\*innen sagen, der Tankrabatt und das 9€-Ticket seien pauschale  
25 Maßnahmen mit der Gießkanne, in ihrer Wirkung zu unspezifisch und damit von  
26 vornherein völlig verfehlt. Diese Kritik greift allerdings viel zu kurz. Es gibt zwischen  
27 den beiden sehr wohl gewichtige Unterschiede. Dass das 9€-Ticket dem Tankrabatt  
28 aus ökologischen Gründen vorzuziehen ist, ist offensichtlich und muss an dieser  
29 Stelle nicht diskutiert werden. Wir wollen beide Maßnahmen aus einer sozialen  
30 Perspektive betrachten, denn darum sollte es bei den Entlastungspaketen vorrangig  
31 gehen: Eine sozial gerechte Entlastung derjenigen Bevölkerungsgruppen, die es

1 brauchen. Wer profitiert also wirklich von Tankrabbatt und 9€-Ticket?  
2  
3 Dazu muss man den Zugang zu Mobilität und das Mobilitätsverhalten  
4 unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen betrachten. Wie die Studie Mobilität in  
5 Deutschland 2017 zeigt, besitzen über 50% der Haushalte mit sehr niedrigem  
6 ökonomischen Status gar kein Auto, wohingegen nur 10% der Haushalte mit hohem  
7 bzw. sehr hohem ökonomischen Status kein Auto besitzen. Der Besitz mehrerer Autos  
8 pro Haushalt steigt mit dem ökonomischen Status signifikant an. Besonders deutlich  
9 wird dies daran, dass ganze 10% der Haushalte mit sehr hohem ökonomischen  
10 Status drei und mehr Autos besitzen. Ob und wie viel jemand mit dem Auto fährt, ist  
11 also zu großen Teilen eine Frage des finanziellen Vermögens. So ergeben sich mit  
12 sinkendem ökonomischen Status signifikant höhere Anteile des ÖPNV und des  
13 Fußverkehrs. Dabei gibt es regionale Unterschiede, was den Besitz von Autos angeht,  
14 die sich insbesondere auf das vorhandene bzw. eben nicht vorhandene ÖPNV-  
15 Angebot zurückführen lassen. Wo es keine Alternative gibt, sind auch Menschen mit  
16 weniger Geld dazu gezwungen, ein Auto zu besitzen und zu nutzen.  
17  
18 Die Entlastung durch den Tankrabbatt kommt daher überwiegend Menschen zu Gute,  
19 die nicht darauf angewiesen sind. Der ÖPNV hingegen stellt für Menschen mit  
20 niedrigem Einkommen schon jetzt eine notwendige Alternative dar. Sie sind es, die mit  
21 der derzeitigen Inflation am meisten zu kämpfen haben und sie profitieren  
22 überproportional vom 9€-Ticket. An dieser Stelle muss hervorgehoben werden, dass  
23 insbesondere Arbeitnehmer\*innen mit niedrigem Einkommen profitieren, denn 42%  
24 des Verkehrsaufkommens sind Arbeit und Ausbildung geschuldet.  
25 Arbeitnehmer\*innen haben daher ein aktiveres Mobilitätsverhalten als beispielsweise  
26 Rentner\*innen.  
27  
28 Darüber hinaus profitieren vom 9€-Ticket insbesondere Kinder und Jugendliche, die  
29 höchstens als Mitfahrer\*innen ihrer Eltern mit dem Auto mobil sind. So ist der ÖPNV  
30 neben Rad- und Fußverkehr die einzige Möglichkeit, um Kindern eine eigene,  
31 unabhängige Mobilität zu ermöglichen. Gerade auf längeren Distanzen ist nur der  
32 ÖPNV eine Option. Insbesondere das Mobilitätsverhalten von 10- bis 17-jährigen ist  
33 stark durch den ÖPNV geprägt. Das 9€-Ticket ermöglicht nun zum ersten Mal  
34 Mobilität, die sich auch vom Taschengeld bezahlen lässt.  
35  
36 Damit ist klar: Der Tankrabbatt ist sozial ungerecht. Wir fordern daher, dass der  
37 Tankrabbatt auf keinen Fall verlängert wird. Am besten wäre er nie eingeführt worden.  
38 Als sozial gerechte Maßnahmen, um den Energieverbrauch im Verkehrssektor zu  
39 senken und so auch für sinkende Preise an den Tankstellen zu sorgen, fordern wir  
40 daher zeitlich begrenzte Fahrverbote sowie die dauerhafte Einführung eines

1 allgemeinen Tempolimits von 130 km/h und die Absenkung bereits bestehender  
2 Tempolimits. In den Innenstädten braucht es großflächig autofreie Zonen. Die  
3 Wirksamkeit dieser Maßnahmen wurde in diversen Studien, u. a. des  
4 Umweltbundesamtes, ausreichend dargelegt.  
5  
6 Die Entwicklung der Spritpreise hat dazu geführt, dass der Tankrabatt obendrein  
7 nahezu wirkungslos verpufft ist. Stattdessen streichen einige wenige  
8 Mineralölkonzerne große Gewinne ein. Damit der Tankrabatt nicht vollends zu einer  
9 überflüssigen Finanzspritze für Mineralölkonzerne wird, müssen die dadurch  
10 entstandenen Gewinne durch eine zusätzliche Übergewinnsteuer abgeschöpft  
11 werden.  
12  
13 Da die Inflationsrate aber weiter steigt und gerade Menschen mit niedrigem  
14 Einkommen eine weitere Entlastung brauchen, muss das 9€-Ticket verlängert werden.  
15 Nur ein dauerhaftes 9€-Ticket wird zu einer dauerhaften Verhaltensänderung führen.  
16 2,5 Mrd. € pro Quartal, also 10 Mrd. € pro Jahr sind vergleichsweise niedrige Kosten,  
17 um ein günstiges Ticketangebot zur Verfügung zu stellen. Freilich sind in diesen  
18 Kosten nicht die Kosten für die nötigen Angebotsausweitungen des ÖPNV und den  
19 dringend benötigten Ausbau der Infrastruktur enthalten - aber die Kosten für den  
20 Ausbau des ÖPNV sind im Rahmen der Verkehrswende bereits eingepreist.  
21  
22 Eine Rückerstattung von Leistungen durch ALG II-Empfänger\*innen, die in einigen  
23 Bundesländern (u. a. Bayern) im Raum steht, da die tatsächlichen Kosten für das 9€-  
24 Ticket unterhalb der im ALG II vorgesehenen Pauschale für Mobilität liegen, lehnen  
25 wir ab. Die Behauptung, dass dadurch eine Übervorteilung entsteht ist nicht nur ein  
26 Schlag ins Gesicht von Menschen, die ALG II-Empfänger\*innen sind, sondern  
27 widerspricht auch der grundsätzlichen Logik der Entlastung. Denn gerade für  
28 Empfänger\*innen von Sozialleistungen reichen die bisher beschlossenen  
29 Entlastungen bei Weitem nicht aus.  
30  
31  
32 **Mieter\*innenschutz in Krisenzeiten**  
33 Wohnraum ist ein wesentliches Grundbedürfnis, das durch steigende Mieten und nun  
34 auch noch durch die Inflation erhöhte Lebenshaltungskosten gefährdet ist. Die  
35 finanziellen Folgen der Zeitenwende dürfen nicht zu Lasten der Mieter\*innen gehen,  
36 die Miete umfasst schon jetzt oft über die Hälfte der Lebenshaltungskosten. Weitere  
37 Preissteigerungen stellen daher unerträgliche Belastungen dar, können sogar zum  
38 Wohnungsverlust führen und sind daher für uns nicht akzeptabel.

1 **Mietenstopp**

2 Wir fordern daher einen sofortigen bundesweiten Mietenstopp - ohne  
3 Inflationsausgleich und gerade auch für Indexmieten. Gerade angesichts der  
4 allgemein steigenden Preise ist ein Mietenstopp nun geeignet und erforderlich, um  
5 sicherzustellen, dass die Kaltmieten für Wohnraum nicht noch weiter steigen und  
6 keine Gefahr eines Wohnungsverlustes besteht. Und angesichts der allgemeinen  
7 Teuerungen durch die Inflation könnte ein Mietenstopp zum jetzigen Zeitpunkt im  
8 Verhältnis sogar preisdämpfend zugunsten der Mieter\*innen wirken. Forderungen von  
9 Großkonzernen wie Vonovia, die nun angesichts der Inflation fürchten, ihre  
10 Gewinnerwartungen in Milliardenhöhe nicht zu erzielen und deshalb die Mieten  
11 entsprechend weiter erhöhen wollen, treten wir entschieden entgegen.

12

13 **Kündigungsmoratorium**

14 Zum direkten Schutz vor Wohnungsverlust aufgrund steigender Kosten braucht es  
15 sofort ein Kündigungsmoratorium. Damit wird das Recht von Vermieter\*innen  
16 eingeschränkt, ab zwei ausbleibenden oder unvollständigen Mietzahlungen die  
17 Kündigung auszusprechen. Das Kündigungsmoratorium muss mittelfristig gelten, bis  
18 sich die Situation wieder entspannt.

19

20 **Nebenkostenvorauszahlung**

21 Erst mit Zustellung der Nebenkostenabrechnung für das Jahr 2021 dürfen die  
22 Vorauszahlungen auf die steigenden Preise angepasst werden. Dann wird es für viele  
23 Mieter\*innen auf einen Schlag immense Steigerungen der sogenannten "Zweiten  
24 Miete" geben. Hier braucht es Unterstützungsleistungen für Bedürftige. Auch eine  
25 kostenlose individuelle Energieberatung kommt als zusätzliche Möglichkeit in  
26 Betracht. Gas- und Stromsperren darf es im Herbst und Winter 2022/2023 für  
27 Haushalte nicht geben. Hierzu müssen die Versorger gesetzlich verpflichtet werden.

28

29 **Heizkostenzuschuss**

30 Die Bundesregierung versucht durch die beiden beschlossenen Entlastungspakete die  
31 Gesellschaft zu entlasten und vor zu hohen Kosten zu schützen. Gerade beim  
32 Heizkostenzuschuss werden verschiedene Zielgruppen genannt, die diesen Zuschuss  
33 erhalten können, der je nach Situation unterschiedlich hoch ausfallen kann.  
34 Vergessen wurden dabei Rentner\*innen, die weder zwingend Wohngeld beziehen,  
35 noch Azubis oder Studierende mit Bafög Bezug sind. Wir fordern daher eine  
36 Ausweitung des Heizkostenzuschusses auf Rentner\*innen. Durch die  
37 Preissteigerungen der vergangenen Jahre und die nicht gestiegenen Renten, sind  
38 viele von Altersarmut betroffen. Außerdem müssen auch Studierende und  
39 Auszubildende berücksichtigt werden, die kein Bafög beziehen.

40 Das werden wir nicht hinnehmen. Der Heizkostenzuschuss muss sich an dem für

1 Wohngeldbezieher\*innen orientieren und sukzessive erhöht werden, um sich an den  
2 steigenden Preisen zu orientieren.

3

4

## 5 **Für eine progressive Finanzpolitik in der Krise**

6

### 7 **Übergewinnsteuer**

8 Wir fordern eine Übergewinnsteuer. Die Unterstützung dafür ist breit und kommt aus  
9 der Bevölkerung, Partei, von den Landesregierungen in Bremen, Berlin und Thüringen  
10 und auch Gewerkschaften.

11 Denn es kann nicht richtig sein, dass sich einige Unternehmen allein aufgrund der  
12 kriegsbedingten Preissteigerungen die Taschen voll machen, während Bund und  
13 Länder ihrerseits Milliarden aufwenden müssen, um die unter den Preissteigerungen  
14 leidenden Bürger\*innen sowie Unternehmer\*innen und zu unterstützen.

15

16 So verdienten die fünf größten Mineralölkonzerne mehr als das Doppelte im ersten  
17 Quartal 2022 als 2021.

18 Es geht hierbei nicht um eine raffgierige Besteuerung der Energiekonzerne, sondern  
19 um reine Fairness. Eine Übergewinnsteuer entfällt eben nur auf Übergewinne, also  
20 unerwartete Gewinne als Folge des Krieges. Selbstverständlich weiß keiner exakt,  
21 welche Gewinne gemacht worden wären ohne diese Krise. Hier wird geschätzt. Aber  
22 alle wissen, dass diese Gewinne reiner Zufallsprofit ist, während andere  
23 Wirtschaftsbereiche großen Schaden nehmen. Diese Energiekonzerne sind auch  
24 keine üblichen Marktteilnehmenden, sondern haben starke Marktmacht. Der freie  
25 Wettbewerb allein kann die Energiepreise also nicht senken.

26

27 Auch in anderen Ländern gibt es ähnliche Überlegungen oder bereits  
28 Übergewinnsteuern. In Italien hat z.B. der ehemalige EU-Notenbankchef Draghi eine  
29 solche Maßnahme im März bei 10% pro Euro Übergewinn eingeführt und diesen  
30 Steuersatz kürzlich auf 25% erhöht. Selbst die neoliberale konservative Regierung  
31 von Großbritannien hat auf die Forderungen der sozialdemokratischen Labour Party  
32 in England eingelenkt und will eine solche Übergewinnsteuer einführen.

33

### 34 **Finanzpolitisch durchstarten - Schuldenbremse anzünden**

35 Das Sondervermögen für die Bundeswehr hat massive Diskussionen um die Frage  
36 aufgebracht, welche Vorhaben der Staat mit Geld priorisiert. Diese Frage ist mehr als  
37 berechtigt, denn seit Jahren lautet die einhellige Erzählung - auch parteiintern - der  
38 Bund, die Länder und die Kommunen müssten sparen. "Finanzpolitische  
39 Verantwortung" sei das Gebot der Stunde, hohe Ausgaben könnten vor den  
40 "kommenden jungen Generationen" nicht gerechtfertigt werden. Auf dem Gipfel dieser

1 finanzpolitischen Selbstgeißelung wurde 2014 eine “Schuldenbremse” ins  
2 Grundgesetz eingefügt - auch mit den Stimmen der SPD. Der Bund darf seither nur  
3 sehr begrenzt mehr Geld ausgeben, als er durch Steuern einnimmt. Mehrere  
4 Bundesländer haben ähnliche Regelungen in ihre Verfassungen aufgenommen.  
5  
6 Die Auswirkungen dieser Politik waren eine Katastrophe. Die Unmöglichkeit der  
7 öffentlichen Hand, mehr Geld in die Gesellschaft zu investieren, hat uns marode  
8 Schulen und Universitäten, weniger und weniger sozialen Wohnraum eingebracht und  
9 den Fortschritt beim Klimaschutz verzögert. Auch in anderen europäischen Staaten  
10 wurde das Feuer finanzpolitischen Sparens entzündet - und verbrannte zuverlässig  
11 den Sozialstaat, soziale Sicherungssysteme und gesellschaftlichen Wohlstand.  
12 Während der Finanzkrise von 2009 hätten öffentliche Investitionen die wirtschaftliche  
13 Problemlage auffangen können. Das Gegenprogramm verursachte einen massiven  
14 Anstieg der Arbeitslosigkeit in Griechenland und Spanien, vergrößerte den prekären  
15 Sektor wie in Italien und Beschneidungen von Arbeitnehmer\*innenrechten wie in  
16 Frankreich - und traf dabei die “kommenden Generationen” besonders hart. Als  
17 besonderes Schmankerl konnte sich ein neuer Rechtsnationalismus an den sozialen  
18 Problemen emporarbeiten.  
19  
20 Mit der Ampel-Koalition soll der Fortschritt kommen. Doch das Festhalten an der  
21 Schuldenbremse gefährdet viele Projekte: Sozialer Klimaschutz bedeutet,  
22 Kohlearbeiter\*innen finanziell abzusichern und den Schienenverkehr massiv  
23 auszubauen. Mehr Wohnraum bedeutet mehr staatlichen Wohnungsbau und eine  
24 Offensive bei Bildung, Ausbildung und Studium bedeutet Investitionen in Schulen,  
25 Lehrkräfte und universitäre Forschung. Diese Ideen sind nicht neu, aber ohne  
26 ausreichende finanzpolitische Mittel werden wir wenige umsetzen können.  
27  
28 Die “Schuldenbremse” muss deshalb aus dem Grundgesetz gestrichen werden. Dort  
29 hat sie im Übrigen auch nichts verloren - die Verfassung regelt die Grundlagen und  
30 Grundwerte unseres Staates und der Gesellschaft. Es ist für eine Demokratie aber  
31 problematisch, wenn der politische Ideenwettbewerb an eine Zweidrittelmehrheit  
32 geknüpft ist.  
33  
34 Wenn das Parlament eine “Schuldenbremse” für die richtige Idee hält, kann es diese  
35 mit einer einfachen Mehrheit beschließen und wieder abschaffen - für uns als Jusos  
36 und für die SPD ist sie es aber ohnehin nicht.  
37  
38 Wir fordern deshalb weiterhin, dass die SPD sich in der Koalition für eine Streichung  
39 stark macht. Mittlerweile signalisiert auch die Union Gesprächsmöglichkeiten in dieser  
40 Frage. Die Jusos und die SPD müssen diese Situation nutzen, Druck ausüben und



1 auf eine Formierung einer entsprechenden Mehrheit hinwirken. Für die Zukunft  
2 fordern wir, dass die SPD in Regierungsverhandlungen auf Anstrengungen zur  
3 Abschaffung der "Schuldenbremse" besteht.

4

#### 5 **Keine Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel**

6 Bereits mit dem ersten Entlastungspaket hat die Bundesregierung einige  
7 wirkungsvolle Maßnahmen beschlossen - darunter das 9-Euro-Ticket, mit dem sich  
8 enorm viele Menschen Bus, Bahn und Tram leisten können.  
9 Gerade weil Preise quer durch die Bank steigen, hat eine Diskussion zu unrecht zu  
10 wenig Aufmerksamkeit bekommen: Die Abschaffung oder zumindest Senkung der  
11 Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel.

12

13 Als Sozialist\*innen sehen wir die Mehrwertsteuer allgemein kritisch. Als indirekte  
14 Steuer ist sie nicht progressiv ausgestaltet. Sie wird also nicht anhand der Höhe des  
15 Einkommens oder des Vermögens erhoben, sondern als immer gleicher Betrag.  
16 Damit belastet sie aber Menschen mit weniger Geld deutlich stärker.

17

18 Wir wissen, dass die Auswahl der Nahrungsmittel vom Geldbeutel abhängt - wer  
19 weniger Geld hat, kann sich oft gesundes Essen nicht leisten. Deswegen fordern wir  
20 die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel. Auch bei Mitteln des  
21 täglichen Bedarfs wie Hygieneprodukten soll die Mehrwertsteuer entfallen.  
22 Statt der Mehrwertsteuer wollen wir endlich die Reform unseres Steuersystems.  
23 Durch eine echte, progressive Besteuerung schaffen wir mehr Gerechtigkeit und  
24 können so noch dazu die Abschaffung der Mehrwertsteuer auffangen.

25

#### 26 **Verschärfung des Kartellrechts**

27 „Geschäftsleute des gleichen Gewerbes kommen selten, selbst zu Festen und zu  
28 Zerstreungen, zusammen, ohne dass das Gespräch in einer Verschwörung gegen  
29 die Öffentlichkeit endet oder irgendein Plan ausgeheckt wird, wie man die Preise  
30 erhöhen kann.“ Dies stellte schon Adam Smith fest, der erste Theoretiker der  
31 Marktwirtschaft, auf den sich neoliberale Ökonom\*innen bis heute berufen. Diese  
32 plärren auch zuverlässig jetzt Zeter und Mordio, nachdem Wirtschaftsminister Robert  
33 Habeck ankündigte, das Kartellrecht verschärfen zu wollen. Dabei zeigen die Preise  
34 an den Tankstellen, die sich weitgehend vom internationalen Mineralölpreis  
35 abgekoppelt haben, und insbesondere das sofortige Verpuffen des Tankrabbats, dass  
36 bei den Ölkonzernen Preisabsprachen stattfanden, die bisher vom Kartellamt nicht  
37 unterbunden werden konnten.

38

39 Wir stellen uns daher hinter die Verschärfung des Kartellrechts, um die von Smith so  
40 bezeichnete "Verschwörung gegen die Öffentlichkeit" zu verhindern. Entsprechend

1 dem Entwurf des Wirtschaftsministeriums soll das Kartellamt künftig mehr rechtliche  
2 Möglichkeiten zu Sektoruntersuchungen bekommen. Es muss ihm möglich sein,  
3 übermäßige Gewinne abzuschöpfen und marktbeherrschende Konzerne zerschlagen  
4 zu können, ohne dass illegale Preisabsprachen bereits erwiesen wurden. Die  
5 Regierung arbeitet daran. Für diese Aufgaben muss das Kartellamt auch personell  
6 und finanziell besser ausgestattet werden.

7

### 8 **Fossile Energien endlich hinter uns lassen!**

9 Um die Klimaziele zu erreichen und dem Klimawandel konsequent zu entgegnen,  
10 müssen wir auf erneuerbare Energien setzen und diese ausbauen.  
11 Putins Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Abhängigkeit Deutschlands und Europas  
12 deutlich gezeigt. Es gilt sich aus dieser Abhängigkeit zu lösen und die fossilen  
13 Energien hinter sich zu lassen. Die Energiewende bietet die Chance, zur Blaupause  
14 für ein modernes, nachhaltiges und vor allem gerechteres und demokratischeres  
15 Wirtschaftssystem zu werden

16

### 17 **Solarenergie besser nutzen!**

18 Dazu muss die Solaranlagen Pflicht umgesetzt werden. Diese ermöglicht nicht nur die  
19 eigene Versorgung mit erneuerbaren Energien und die damit verbundene Einsparung  
20 von Stromkosten, sondern auch die Einspeisung überschüssiger Energie für die  
21 Allgemeinheit. So wird auf hier der Anteil an erneuerbaren Energien gesteigert. Um  
22 den Menschen einen Anreiz zu bieten auf Solarenergie zu setzen, müssen wir den  
23 gesamten Prozess entbürokratisieren und vereinfachen.  
24 Kleine Anlagen wie zum Beispiel die Blockheizkraft und Photovoltaikanlagen müssen  
25 stärker gefördert werden. Die Mehrwertsteuer auf selbst verbrauchten Strom aus der  
26 eigenen Solaranlage muss entfallen.

27

28 Um die dezentralität in den einzelnen Haushalten weiter auszubauen, wollen wir die  
29 Entwicklung von Speichertechnologien ohne seltene Erden und die Beschaffung  
30 durch Haushalte fördern. Auch die Kommunen sollen durch eigene  
31 Speicherkapazitäten einen Beitrag leisten.

32

33 Ebenso muss es auch für Teil Einspeisungen höhere Einspeisevergütungen geben.  
34 So fördern wir zuerst den privaten verbrauch des selbst erzeugten Stromes und  
35 anschließend die Einspeisung. Erneuerbare Energien sollen konsequent  
36 Einspeisevorrang vor fossilen Energien haben. So kommen wir unserem Ziel einer  
37 dezentralen Stromversorgung näher. Durch eine Solaranlage Pflicht auf privaten und  
38 öffentlichen Gebäuden gemessen an der Größe der Dachfläche wollen wir die  
39 dezentrale Stromversorgung zudem langfristig verpflichtend gestalten. Dabei soll eine  
40 Beweislastumkehr gelten, sodass Hausbesitzer\*innen nur von der Pflicht eine

1 Solaranlage zu bauen befreit werden, wenn sie dies bei der zuständigen Behörde  
2 nachweisen können. In Mehrfamilienhäusern wollen wir zudem  
3 Energiegenossenschaften fördern. Für den Bau von Photovoltaikanlagen durch  
4 private Investor\*innen wollen wir Subventionen ermöglichen, die bereits in der  
5 Vergangenheit positive Effekte bewirkt haben.

6

7 Neben dem Potenzial durch private und gewerbliche Solarstromerzeugung sehen wir  
8 auch auf Seiten des Staates unausgeschöpfte Möglichkeiten: Wir fordern, dass  
9 konsequent neben Autobahnen und Bundesstraßen Solarpaneele angebracht  
10 werden, dabei können auch Lärmschutzwände und Mittelstreifen genutzt werden.  
11 Zudem fordern wir die Umsetzung von Photovoltaik Überdachungen bei Autobahnen  
12 und Bahntrassen. In Deutschland sind knapp 13.000 km Strecke durch Autobahnen  
13 versiegelt. Das ergibt enorme Möglichkeiten zur Stromgewinnung auf einer sonst  
14 ungenutzten Fläche.

15

#### 16 **Grüner Wasserstoff eine echte Alternative!**

17 Wasserstoff ist nicht gleich Wasserstoff. Wasserstoff, der aus erneuerbaren Energien  
18 gewonnen wird, bezeichnen wir als grünen Wasserstoff. Zukünftig dürfen wir nur  
19 diesen unterstützen. In einigen Industriezweigen fällt Wasserstoff als Nebenprodukt  
20 an.

21 Dieser soll künftig auch als nachhaltiger Wasserstoff genutzt werden dürfen.  
22 Im Wirtschafts- und Industriesektor stehen uns große Veränderungen bevor: So  
23 kann grüner Wasserstoff zur Dekarbonisierung der Industrie beitragen und so  
24 Wirtschaftsstandorte erhalten und transformieren. Zudem können mit  
25 wasserstoffbetriebenen Brennstoffzellen die Probleme der E-Mobilität überwunden  
26 werden. Da diese Technologie vor allem für Schwerlast- oder Langstreckentransporte  
27 besser als E-Mobilität geeignet ist. Langfristig gilt dennoch die Perspektive: Güter auf  
28 die Schiene!

29

30 Wasserstoff soll zudem auch als Speichertechnologie für Solar- und Windkraftanlagen  
31 genutzt werden, um den partiell erzeugten Überschuss in Phasen der Nicht-  
32 Erzeugung nutzen zu können.

33

#### 34 **Weil Windräder unsere Landschaft schöner machen!**

35 Windräder dürfen nicht nur in Norddeutschland zum Landschaftsbild gehören. Auch in  
36 Bayern muss das Potenzial voll ausgeschöpft werden. Schöne Aussicht und Bergblick  
37 dürfen dabei kein gültiges Gegenargument sein, denn auch Windkraftwerke haben  
38 ihren Charme, nicht nur in der Nordsee.

39 Die 10H Regelung, die Windräder in Bayern nahezu unmöglich macht, muss restlos  
40 gestrichen werden. Das bedeutet nicht, dass wir die Verträglichkeit für

1 Anwohner\*innen vergessen. Außerdem muss die Deckelung zum Ausbau der  
2 Windkraftträder aufgehoben werden.

3

4 Bürger\*innen müssen von Kommunen in den Prozess des Baus einer  
5 Windkraftanlage eingebunden werden und ihnen wenn möglich über eine  
6 Genossenschaft eine Chance gegeben werden sich zu beteiligen und zu profitieren.  
7 Oft ist die Ablehnung eines Windrades auch mit Unwissenheit und unbegründeten  
8 Ängsten verbunden. Dem muss strategisch durch Informationskampagnen und  
9 Partizipationsmöglichkeiten entgegengewirkt werden.

10

### 11 **Ernährungssicherheit in Deutschland und Europa**

12 Die Ernährungssicherheit in Deutschland, Europa und der gesamten Welt ist durch  
13 Russlands unmenschliche Taktiken gefährdet. Den sofortigen Reflex einiger  
14 konservativer Kreise Errungenschaften in der Pestizid Einschränkung und der  
15 Ausgleichsflächen anzugreifen und rückgängig zu machen, lehnen wir entschieden  
16 ab. Die Ausbeutung der Umwelt wird uns langfristig vor nur noch mehr Probleme  
17 stellen. Wir fordern deswegen eine nachhaltige Taktik gegen die Abhängigkeit von  
18 Ernährungs Importen. Langfristig wollen wir, dass die EU unabhängig von Importen  
19 eine Nahrungssicherheit herstellen kann. Dabei ist es auch wichtig Flächen die aktuell  
20 zur Erzeugung von Tierfutter verwendet werden zur Nahrungsbeschaffung für  
21 Menschen umzufunktionieren, was eine weitaus effektivere Nutzung garantiert. Das  
22 impliziert eine Abkehr der Massentierhaltung und eine Reduzierung des  
23 Fleischkonsums. Die internationale Solidarität verlangt es, dass wir als europäische  
24 Nationen tätig werden, um afrikanische Nationen in der Ernährungskrise zu  
25 unterstützen.

26

### 27 **EEG - Erneuerbare Energien Gesetz**

28 Mit dem ersten Entlastungspaket beschloss die Bundesregierung auch die EEG  
29 Umlage von derzeit 6,5 ct pro Kilowattstunde (2021) zu streichen. Dieser Schritt war  
30 bereits für das Jahr 2023 vorgesehen und konnte aufgrund der Umstände nun  
31 frühzeitig durchgesetzt werden. Die Anfallenden Kosten werden ab sofort dauerhaft  
32 über den Bundeshaushalt finanziert. Wir begrüßen diese Maßnahme, da in der  
33 Vergangenheit vor allem Verbraucher\*innen durch die EEG-Umlage belastet wurden.  
34 Mit der letzten EEG Novelle 2021 wurde nicht nur die Abschaffung der EEG Umlage  
35 auf den Weg gebracht, sondern auch beschlossen, dass bis zum Jahr 2035 55-60%  
36 des Stroms durch erneuerbare Energien abgedeckt werden soll. Das reicht uns noch  
37 nicht aus. Wir fordern, einen vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien bis  
38 2035.

# A02

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

## **Freiheit braucht Solidarität - Zum zukünftigen Umgang mit Corona**

**Antragsteller\*innen**  
Jusos München

**Adressat\*innen**  
Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

- 1 Wir fordern die politisch verantwortlichen in Bund und Freistaat auf, weiterhin
- 2 verantwortungsvoll mit der aktuellen Situation der Corona-Pandemie umzugehen. Die
- 3 Pandemie ist nicht zu Ende, auch wenn das die Stimmung in der Bevölkerung
- 4 suggeriert. Gleichzeitig erkennen wir an, dass sich die pandemische Lage verändert
- 5 hat und dass auch die politischen Maßnahmen sich deshalb verändern müssen:
- 6 Gerade auch in der politischen Arbeit merken wir, dass Zusammenarbeit und
- 7 Diskussionen von Angesicht zu Angesicht sich nicht durch digitale Treffen ersetzen
- 8 lassen. Dies gilt auch für viele
- 9 andere Lebensbereiche. Gesellschaftliches Leben muss wieder stattfinden. Damit das
- 10 möglich ist, müssen aber bewährte Schutzmaßnahmen wie eine Maskenpflicht,
- 11 kostenfreie Testmöglichkeiten und eine Testpflicht sowie eine Impfpflicht politisch
- 12 durchgesetzt werden.
- 13
- 14 Damit schaffen wir die Grundlage für eine durchhaltbare Langfriststrategie, um mit der
- 15 anhaltenden Gefahr durch SARS-Cov-2 verantwortungsvoll umzugehen. Eine
- 16 Überlastung des Gesundheitssystems und der kritischen Infrastrukturen zu
- 17 verhindern, ist nur ein Ziel öffentlicher Gesundheitspolitik sein: Es geht auch um den
- 18 Schutz individueller Gesundheit.
- 19
- 20 Auch, wenn eine solche Überlastung in Zukunft nicht mehr drohen sollte, muss die
- 21 Minimierung der Krankheitslast in der Bevölkerung durch Eingrenzung von Infektionen
- 22 und Reduktion der Krankheitsfolgen, wo es doch zu Infektionen kommt, weiterhin
- 23 staatliches Ziel bleiben. Außerdem muss die Möglichkeit der sicheren Teilnahme am
- 24 Alltag für vulnerable Personen und deren Kontakte jederzeit gegeben sein, denn diese
- 25 leben nicht nur in Pflege- und Altenheimen.
- 26
- 27 Hierzu ist es entscheidend, gezielt Schutzmaßnahmen in den Alltag zu integrieren,
- 28 welche für das öffentliche Leben relativ eingriffsarm sind. Darüber hinaus muss eine
- 29 Überwachung der Infektionszahlen und des Auftretens von Varianten dauerhaft
- 30 gegeben sein, um angemessen und präventiv auf neue Entwicklungen reagieren zu
- 31 können.

1 Bund und Länder müssen dafür dauerhaft rechtliche Grundlage schaffen und die  
2 Finanzierung sicherstellen.  
3 Unter die genannten eingriffsärmeren Schutzmaßnahmen fallen insbesondere die  
4 folgenden:

5

### 6 **Verbesserung der Raumlufthygiene**

7 Die Corona-Pandemie hat uns gelehrt, dass eine Übertragung draußen deutlich  
8 unwahrscheinlicher ist als in Innenräumen. Hieraus erwächst die Aufgabe, durch  
9 technische Lösungen wie Belüftungssysteme und Luftfilter die Raumluft in  
10 Innenräumen der im Außenbereich so weit wie möglich anzunähern.

11

12 Es braucht hierzu verbindliche Vorgaben insbesondere für Innenräume, in denen sich  
13 für längere Zeit viele Menschen gemeinsam aufhalten – zuvorderst Schulen, Kitas  
14 und der Arbeitsplatz.

15

16 Entsprechende Maßnahmen sind auch für andere Erkrankungen, die durch Aerosole  
17 übertragen werden eine sinnvolle Investition und tragen somit langfristig zur  
18 Sicherung der Gesundheit der Bevölkerung bei.

19

### 20 **Das Tragen von (FFP2-)Masken**

21 Masken, insbesondere FFP2-Masken, sind eines der einfachsten und zugleich  
22 wirksamsten Mittel, Übertragungen zu verhindern. Sie schützen nicht nur den\*die  
23 Träger\*in, sondern vor allem auch andere. Daher sollte die Maskenpflicht in  
24 Innenräumen (auch am Platz an Schulen, Universitäten und am Arbeitsplatz) bei  
25 hohen und mittleren Ansteckungszahlen nicht aufgegeben werden und bei Bedarf  
26 leicht wieder einzuführen sein.

27

28 In bestimmten Bereichen muss darüber hinaus die Maskenpflicht mittelfristig  
29 beibehalten werden, hierzu zählen Geschäfte des täglichen Bedarfs, der gesamte  
30 medizinische Bereich (auch Hausbesuche), ÖPNV und Fernverkehr, der öffentlich  
31 zugängliche Bereich von Ämtern und Behörden, und ähnliche Bereiche, deren Besuch  
32 im Alltag zwingend erforderlich ist und wo sich entweder besonders viele Menschen  
33 aufhalten oder es zum Kontakt mit besonders vulnerablen Menschen kommt.

34

35 Über eine Aufhebung in diesen Kernbereichen darf nur bei einer stabilen, sehr  
36 niedrigen Inzidenz nachgedacht werden. Entgegen der Erzählung vieler, stellt das  
37 verpflichtende Tragen einer Maske in unserer Bewertung keinen erheblichen Eingriff in  
38 die Freiheit des Menschen dar.

## 1 **Schutzkonzepte am Arbeitsplatz, in Schulen und Kitas**

2 Der Arbeitsplatz, Schulen und Kitas spielen eine wichtige Rolle im  
3 Infektionsgeschehen, da sich dort in der Regel mehrere Menschen für längere Zeit  
4 gemeinsam in Innenräumen aufhalten.

5  
6 Gleichzeitig handelt es sich um Bereiche, welche für das Funktionieren der  
7 Gesellschaft zentral sind und auch von den meisten vulnerablen Personen und/oder  
8 deren Kontakten kaum gemieden werden können.

9  
10 Daher bedarf es langfristiger Schutzkonzepte, welche sich am lokalen, regionalen und  
11 überregionalen Infektionsgeschehen orientieren, sowie der schnellen Eindämmung  
12 von Ausbrüchen im jeweiligen Betrieb oder der jeweiligen Einrichtung.

13  
14 Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz dürfen nicht von der Willkür des Arbeitgebers  
15 abhängig sein, sondern müssen gesetzlichen Vorgaben folgen. Dazu gehören unter  
16 anderem Schutzwände aus Plexiglas für stationäre Mitarbeiter\*innen mit hohem  
17 Kund\*innen-Kontakt, z. B. an Kassen und Informationsschaltern, und die  
18 flächendeckende Bereitstellung von Desinfektionsmittel-Spendern.

19  
20 An Schulen und Kitas ist die zentrale Aufgabe, einen verlässlichen Betrieb zu  
21 gewährleisten, ohne dabei die Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und deren  
22 Familien in Gefahr zu bringen. Hierzu braucht es klare Vorgaben, die tatsächlich  
23 geeignet sind, Infektionen zu verhindern, aber auch ausreichend Flexibilität, um  
24 präventiv auf Ausbrüche in der jeweiligen Einrichtung reagieren zu können. Durch  
25 flexible Bestuhlung der Klassenzimmer mithilfe von leichten Ein-Personen-Tischen  
26 können Mindestabstände gewahrt werden. Sollte es zu Schließungen oder  
27 Quarantänen kommen, müssen Eltern unbürokratisch von der Arbeit freigestellt  
28 werden und finanzielle Unterstützung erhalten können. Ziel muss jedoch sein, das  
29 Infektionsgeschehen nicht so weit eskalieren zu lassen, dass Schließungen  
30 notwendig werden.

## 31 32 **Der einfache Zugang zu Antigen- und PCR-Tests**

33 Tests sind ein wichtiges Instrument, um Infektionen frühzeitig zu erkennen,  
34 Behandlung zu ermöglichen, sowie Infektionsketten zu unterbrechen.

35  
36 Die kostenlosen Schnelltests müssen daher bestehen bleiben, wobei eine bessere  
37 Kontrolle der Qualität der Tests und der Durchführung zwingend notwendig ist.  
38 Außerdem müssen PCR-Tests wieder breiter verfügbar sein, insbesondere müssen  
39 sie für Kontaktpersonen von Infizierten wieder möglich sein. Hierzu sollte auch in  
40 kostengünstigere Alternativen wie die Gurgeltests in Österreich investiert werden.

1 Zudem sind Testpflichten am Arbeitsplatz, in Schulen und Kitas bei hoher und  
2 mittlerer Inzidenz und bei Fällen innerhalb des Betriebs/der Einrichtung notwendig, um  
3 Ausbrüche früh zu erkennen und reagieren zu können. Regelmäßige PCR-Pool-Tests  
4 mehr als einmal wöchentlich müssen Standard an den Schulen werden. Geimpfte und  
5 Genesene sollten davon nicht ausgenommen sein.

6

### 7 **Isolation, Quarantäne und Kontaktnachverfolgung**

8 Die Isolation von Infizierten und die Quarantäne deren enger Kontakte sind ein  
9 wirksames Mittel der Eindämmung von Infektionskrankheiten, welches nicht  
10 aufgegeben werden sollte.

11 In Zeiten, in denen die Kontaktnachverfolgung durch die Gesundheitsämter aufgrund  
12 der hohen Anzahl an Infektionen schwierig bis unmöglich ist, müssen digitale  
13 Lösungen wie die Corona-Warn-App ein stärkeres Gewicht erhalten, PCR-Tests  
14 ermöglicht werden sowie ein unbürokratischer Zugang zu Entschädigungsleistungen  
15 gewährleistet sein.

16

17 Da Quarantänen für Kinder und Jugendliche besonders belastend sind, muss hier  
18 insbesondere bei weniger intensivem Kontakt über Alternativen nachgedacht werden  
19 Beispielsweise Kontakteinschränkungen und die vorübergehende Teilnahme am  
20 Unterricht in Distanz, statt einem kompletten Verbot, die Wohnung zu verlassen.  
21 Lösungen analog zur Arbeitsquarantäne, welche nur die Freizeit beschränken, aber  
22 weiterhin einen Besuch der Schule in Präsenz vorsehen, lehnen wir aufgrund der  
23 damit verbundenen psychischen Belastungen und weil in den Einrichtungen die  
24 meisten Kontakte stattfinden ab.

25

26 Der wirksamste Weg, die Belastung durch Quarantäne und Isolation zu verringern, ist,  
27 das Infektionsgeschehen insgesamt zu verringern.

28

### 29 **Erhöhung der Impfquote (auch global) und Weiterentwicklung der Impfstoffe**

30 Impfungen haben in dieser Pandemie bereits zahlreiche Leben gerettet und sind ein  
31 zentrales Instrument, die Krankheitslast zu reduzieren.

32

33 Wir fordern weiterhin die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht ab 18 Jahren,  
34 darüber hinaus müssen dringend mehr niedrigschwellige Impfangebote für Kinder und  
35 Jugendliche geschaffen werden, um auch dort die Impfquote möglichst zu erhöhen.

36

37 Impfstoffe müssen nicht nur in den reichsten Ländern für alle verfügbar sein, sondern  
38 überall auf der Welt, daher fordern wir die Aufhebung der Patente und die bessere  
39 Unterstützung der WHO dabei, Impfungen in der gesamten Welt verfügbar zu  
40 machen.



1 Um genug Impfstoff produzieren zu können um jedem Menschen auf dem Planeten  
2 Impfschutz gegen Covid-19 zu ermöglichen fordern wir die Vergesellschaftung der  
3 enormen Gewinne der Pharmakonzerne mit den Impfstoffen, deren Entwicklung nur  
4 durch die mit öffentlichen Mitteln finanzierte Forschung möglich wurde. Mit diesen  
5 finanziellen Mitteln kann die dezentrale Produktion von Impfstoffen finanziert werden.

6

7 Die Bundesregierung unterstützt Schwellen- und Entwicklungsländer sowohl finanziell  
8 als auch technisch beim Aufbau von Produktionslinien für Impfstoffe, sowie bei der  
9 Produktionsmittelbeschaffung.

10 Betroffene öffentliche Forschungseinrichtungen, die Patenteinhaberinnen sind,  
11 werden hierbei angemessen finanziell entschädigt. Um genug Impfstoff produzieren  
12 zu können um jedem Menschen auf dem Planeten Impfschutz gegen Covid-19 zu  
13 ermöglichen fordern wir die Vergesellschaftung der enormen Gewinne der  
14 Pharmakonzerne mit den Impfstoffen, deren Entwicklung nur durch die mit  
15 öffentlichen Mitteln finanzierte Forschung möglich wurde. Mit diesen finanziellen  
16 Mitteln kann die dezentrale Produktion von Impfstoffen finanziert werden.

17

18 Die Omikron-Variante hat die Wirksamkeit der bisherigen Impfstoffe deutlich reduziert,  
19 mit weiteren Immunflucht-Varianten ist zu rechnen. Daher muss in die  
20 Weiterentwicklung der Impfstoffe investiert werden und die Erforschung neuer  
21 Impfstoffe, welche die Übertragung besser als bisher bremsen, gefördert werden.

22

23 Es müssen dringend mehr niedrigschwellige Impfangebote für Kinder und Jugendliche  
24 geschaffen werden, um auch dort die Impfquote möglichst zu erhöhen.

25

26 Die Aufklärungsarbeit über die Notwendigkeit einer Impfung, um sich vor schweren  
27 Verläufen zu schützen, muss dringend weiter geführt werden.

28

### 29 **Möglichkeiten des Lernens und Arbeitens in Distanz**

30 Neben einem sicheren Präsenzbetrieb muss das Lernen in Distanz zukünftig für alle,  
31 bei denen eine medizinische Indikation besteht wie zB ein eingeschränktes  
32 Immunsystem, ermöglicht werden.

33

34 Dafür ist der Aufbau digitaler Klassenzimmer auch über die Situation der Pandemie  
35 hinaus sinnvoll. So kann die soziale Anbindung und der Unterricht fortgesetzt werden,  
36 wenn der physische Besuch der Schule aus gesundheitlichen Gründen über längere  
37 Zeit hinweg nicht möglich ist.

38 Das Recht auf Home Office in der Arbeitswelt muss bestehen bleiben, denn neben  
39 den gesundheitlichen und epidemiologischen Aspekten, bedeutet dies auch mehr  
40 Freiheit für die Arbeitnehmer\*innen und ist daher als ein Fortschritt zu sehen.

1 Darüber hinaus müssen auch an Schulen und Universitäten digitale Angebote als  
2 Alternative zur Präsenz dauerhaft etabliert werden, selbstverständlich ohne, dass  
3 diese von Lehrkräften, die voll im Präsenzbetrieb sind, nebenbei in ihrer Freizeit  
4 organisiert werden müssen.

5

6 Dies darf jedoch keine Ausrede dafür sein, sich nicht um einen sicheren  
7 Präsenzbetrieb zu kümmern.

8

9 **Weitere Erforschung und bessere Verfügbarkeit von Behandlungsmethoden**

10 Um auch im Falle einer Infektion schwere Verläufe möglichst zu verhindern, muss der  
11 Bund in die weitere Erforschung antiviraler Medikamente investieren sowie diese für  
12 alle, die sie benötigen, so schnell wie möglich verfügbar machen.

13

14 Wenn über Behandlungsmethoden gesprochen wird, darf außerdem Long Covid nicht  
15 vergessen werden – auch hierfür muss Geld für die Forschung zur Verfügung gestellt  
16 werden, Erkenntnisse aus der Vergangenheit, insbesondere zur Krankheit ME/CFS,  
17 müssen dabei berücksichtigt werden.

18

19 Da Long Covid oft zu längerer Arbeitsunfähigkeit oder sogar zu einer  
20 Berufsunfähigkeit führt, muss zudem die finanzielle Unterstützung der Betroffenen  
21 und deren Familien sichergestellt werden. Einer Stigmatisierung muss  
22 entgegengewirkt werden.

# A03

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

## **Entwicklungshilfe stärken – Welternährung sichern**

**Antragsteller\*innen**  
Jusos München

**Adressat\*innen**  
Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

### 1 **Forderungen:**

- 2 • Die Jusos fordern eine akute Erhöhung der Entwicklungshilfeausgaben um die  
3 Preissteigerungen bei Weizen, Gerste und Düngemittel abzufedern.  
4
- 5 • Die Jusos Fordern die Bundesregierung auf eine akute Initiative zur  
6 Welternährung zu starten um ärmere Länder bei der Beschaffung von  
7 Nahrungsmittel zu unterstützen  
8
- 9 • Eine langfristige Orientierung der Außenpolitik daran, die Welternährung sicher zu  
10 stellen  
11
- 12 Ein Mittel, um die Welternährung sicherzustellen ist darüber hinaus das verstärkte  
13 Angebot von vegetarischem Essen dort, wo die öffentliche Hand Einfluss hat  
14 (Kantinen, etc.)

### **Begründung**

Seit dem Ukraine Krieg sind die Weizen Preise um 20% gestiegen, die Gersten Preise um 33% und Dünger um 40%. Dies liegt daran, dass die Ukraine und Russland einer der größten Exporteure von Nahrungsmitteln sind. Länder wie Armenien und Eritrea decken ihre Nahrungsmittel fast komplett über Exporte von Russland und die Ukraine ab. Die UN schätzt, dass durch den Krieg 7,6 Mio. bis 13,1 Mio. Menschen mehr unter Hunger leiden werden. Zusätzlich haben die letzten zwei Jahre der Pandemie, und die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemi, Lieferketten unterbrochen und die landwirtschaftliche Produktion gedrosselt. In den letzten 5 Jahren stieg die Zahl der unter Hunger leidenden Menschen um 18% auf 720 Mio. bis 811 Mio. Menschen. Der Druck auf die Nahrungsmittelmärkte drückt sich auch in Industrieländern anhand einer steigenden Inflation aus. Wir müssen selbstverständlich in der Innenpolitik die Folgen für Menschen mit weniger Geld abfedern. Müssen dies aber auch in der Außenpolitik konsequent einfordern.

Durch eine Hungerkatastrophe in vielen Ländern ist nicht nur das Leben vieler Menschen unmittelbar bedroht, sondern auch mittelbar durch wachsende Instabilität von Staaten und Flucht. Dies zieht weiteres menschliches Leid, Kosten und Instabilität nach sich. Die effektivste Methode der Konfliktvermeidung ist also die Prävention. Deutschland als einer der reichsten Industrieländer der Welt und als wichtige Stimme in der EU bekommt hier eine besondere Verantwortung

# A04

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

## **Supermärkte vergesellschaften!**

**Antragsteller\*innen**  
Jusos München

**Adressat\*innen**  
Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

1 **Supermärkte vergesellschaften!**

2 Die Versorgung mit Lebensmittel ist existentiell. Um uns mit Lebensmittel zu  
3 versorgen ist der Besuch des Supermarktes unverzichtbar. Die Durchsicht der  
4 Werbeprospekte nach günstigen Angeboten sind Beleg dafür, dass Supermärkte nicht  
5 nur auf die Preise, sondern auch auf die Art unserer Ernährung großen Einfluss  
6 haben.

7

8 Diese wichtige Aufgabe darf nicht dem Profitinteresse privater Supermarktkonzerne  
9 unterworfen sein. Deshalb fordern wir die konsequente Vergesellschaftung und  
10 Demokratisierung der Supermarktkonzerne, damit wir gemeinsam darüber  
11 entscheiden können, was und zu welchen Preisen Nahrungsmittel verkauft werden  
12 und wie sie produziert werden sollen.

13

14 **Private Gewinne an Lebensgrundlage verbieten**

15 Zu den Konsumgüter des täglichen Bedarfs zählen neben Lebensmitteln auch  
16 alkoholfreie und alkoholische Getränke, Tabakwaren, Körperpflegemittel und  
17 Kosmetik, Wasch-, Putz- und Reinigungsmittel, Papierhygiene und Heimtierbedarf. All  
18 das kaufen wir vorrangig bei REWE, Penny, Kaufland, LIDL, ALDI, EDEKA, Netto und  
19 Co ein. Die fünf größten Lebensmittelkonzerne, die jeweils unterschiedliche  
20 Discounter und Lebensmittelvollsortimenter unter ihrem Dach vereinen, haben so in  
21 Deutschland einen Marktanteil von 75% , ihre Nettogewinne stiegen insbesondere  
22 während der Pandemie gewaltig und die Besitzer\*innen gehören zu den Top  
23 Milliardär\*innen in Deutschland.

24

25 Gleichzeitig muss davon ausgegangen werden, dass 12,5 Millionen Menschen in  
26 diesem Land, die unter der Armutgefährdungsquote leben, zumindest zeitweise von  
27 Ernährungsarmut betroffen sind.

28

29 **Ernährung ist eine Klassenfrage!**

30 Es ist nicht akzeptabel, dass das Kapital einiger weniger auf Kosten der vielen weiter  
31 wächst. Die Versorgung der Bevölkerung mit existentiellen Konsumgütern darf nicht

1 der Kapitalvermehrung dienen. Der Zweck muss der bezahlbare Zugang zu gesunden  
2 und ausgewogenen Lebensmittel für alle Menschen sein.

3

#### 4 **Gesunde und bezahlbare Lebensmittel für alle**

5 1,65 Millionen Menschen waren in Deutschland im Jahr 2021 regelmäßig auf  
6 Lebensmittel von Tafeln angewiesen. Gemeinnützige Träger kompensieren so ein  
7 Problem, dass durch niedrige Renten, unzureichende Grundsicherung und  
8 Erwerbsarmut verursacht werden. Unser Ziel ist es, durch die Bekämpfung von Armut  
9 Tafeln überflüssig zu machen und dafür zu sorgen, dass durch Demokratisierung und  
10 Vergesellschaftung von Supermärkten gesunde Lebensmittel selbstbestimmt  
11 erworben werden können. Der kapitalistische Markt ist dieser Herausforderung nicht  
12 gewachsen. Das Profitinteresse der Supermarktkonzerne führt dazu, dass  
13 insbesondere nährstoffarme und verarbeitete Lebensmittel mit hohen Gewinnspannen  
14 günstig verkauft werden. Das führt mitunter dazu, dass von Armut betroffene  
15 Menschen am Ende des Monats häufig auf Obst und Gemüse verzichten und dafür  
16 schnell sättigende Lebensmittel kaufen.

17

18 Um den Widerspruch zwischen bezahlbarer und gesunder Ernährung einerseits und  
19 zwischen nachhaltigen Produktionsbedingungen und gerechter Bezahlung von  
20 Erzeuger\*innen andererseits auflösen zu können, bedarf es eines staatlichen Eingriffs  
21 und ein grundlegende Umstrukturierung von Subventionen. So muss die massive  
22 Ungleichheit, beispielsweise die steuerliche Bevorzugung klimaschädlicher  
23 Fleischprodukte, zugunsten einer nachhaltigen, klimafreundlichen und  
24 ernährungssicherheit schaffenden Lebensmittelproduktion angepasst werden.

25

#### 26 **Lebensmittellieferketten, die Ausbeutung überwinden und auf Nachhaltigkeit** 27 **setzen**

28 Die kapitalistische Bewirtschaftung der Agrarflächen beutet unsere Lebensgrundlage  
29 genauso wie die Produzent\*innen aus. Die auf Ertragssteigerung ausgelegte  
30 Bewirtschaftung hat fatale Folgen für die Arten- und Biotopvielfalt. Die  
31 Supermarktkonzerne haben daran einen erheblichen Anteil indem sie Kostendruck auf  
32 Erzeuger\*innen ausüben. Nur langsam ist in Bezug auf nachhaltige Produktion und  
33 Tierwohl ein Umdenken zu erkennen. Die Bemühungen sind aber längst nicht  
34 ausreichend und lassen insbesondere die Arbeitsbedingungen der Arbeiter\*innen  
35 außer acht. Mit der Vergesellschaftung von Supermärkten können wir diese  
36 unternehmerischen Entscheidungen – die entscheidend für die Bekämpfung des  
37 Klimawandels sind – demokratisieren und dafür sorgen, dass existenzsichernde  
38 Löhne und Teilhabe an der Wertschöpfung für alle Menschen, die an der Produktion  
39 von Lebensmitteln beteiligt sind, gewährleistet werden.

1 **Lebensmittelverschwendung entgegenwirken**

2 In Deutschland werden jedes Jahr 12 Mio Tonnen Lebensmittelabfälle vernichtet.  
3 Davon rund 34% bei der Primärproduktion, Verarbeitung und im Handel.  
4 Supermarktkonzerne planen sorgfältig die Produktion von Lebensmitteln und haben  
5 somit großen Einfluss auf Lebensmittelverschwendung. Supermärkte sind hochgradig  
6 geplante ökonomische Systeme für deren Funktionieren es notwendig ist, weit im  
7 voraus zu planen um saisonale Nachfrage und zuverlässige Lieferketten zu  
8 gewährleisten. Für diese Planung werden komplexe Datensätze und Algorithmen  
9 angewandt, die viele schwankende Variablen berücksichtigen. Daraus können wir  
10 ableiten, dass dezentrale Planwirtschaft nicht zwangsläufig zu Mangel führt, sondern  
11 im Gegenteil enorme Kapitalanhäufung ermöglichen kann. Wir wollen diese  
12 Mechanismen nutzen, um das Gemeinwohl zu steigern, Lebensmittelverschwendung  
13 zu bekämpfen und den Zugang zu Lebensmitteln als Daseinsvorsorge begreifen.

14

15 **Gute Arbeit im Supermarkt**

16 Die Arbeit der Beschäftigten im Supermarkt ist systemrelevant und elementar für die  
17 Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Konsumgütern. Mit dem Outsourcing der  
18 Beschäftigten in der Reinigung und derjenigen, die vor Ladenöffnung die Regale  
19 auffüllen, mit geringfügiger Beschäftigung und geringen Löhnen ist eine Bezahlung,  
20 die die Relevanz der Arbeit abbildet, nicht gegeben. Mit der Vergesellschaftung von  
21 Supermärkten können Löhne adäquat zum öffentlichen Dienst und gute  
22 Arbeitsbedingungen umgesetzt werden.

# A05

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

## **Landnahme auf Agrarflächen stoppen!**

**Antragsteller\*innen**  
Jusos München

**Adressat\*innen**  
?

- 1 **Landnahme auf Agrarflächen stoppen!**
- 2 Ackerland ist keine Kapitalanlage für Investoren, sondern Lebensgrundlage von
- 3 Landwirt\*innen.
- 4
- 5 Die Bodenpreise steigen seit Jahren, weshalb sich die Agrarindustrie Europas
- 6 zunehmend mit Schwierigkeiten der Kostendeckung konfrontiert sieht.
- 7
- 8 Zu den größten Ackerbesitzer\*innen Deutschlands gehören, die Munich Re, die
- 9 Immobiliengruppe Lindhorst, der Bauunternehmer und Milliardär Kurt Zech, der
- 10 Möbelfabrikant und Milliardär Bruno Steinhoff, der Heizungshersteller und Milliardär
- 11 Martin Viessmann, der Einzelhändler und Milliardär Stefan Heinig und die Milliardäre
- 12 der Albrecht-Familie. Genau diese landwirtschaftsfernen Investoren nutzen die
- 13 Agrarflächen als Kapitalanlage.
- 14
- 15 Die Albrecht-Familie diktiert nicht nur Lebensmittelpreise, wie den Milchpreis durch
- 16 den Albrecht Discount (ALDI), sondern stiehlt Landwirt\*innen auch die Ackerflächen.
- 17
- 18 Es muss ein Flächenregister für sämtliche Grundstücke Deutschlands geschaffen
- 19 werden, denn es ist von öffentlichen Interesse, zu wissen, wem der Boden in
- 20 Deutschland gehört. Wir fordern die Vergesellschaftung des Besitzes an Agrarflächen
- 21 von privaten Großgrundbesitzer\*innen, insbesondere von agrarfernen und
- 22 nichtlandwirtschaftlichen Besitzer\*innen. Genossenschaftliche
- 23 Erzeuger\*innengemeinschaften können die Flächen nachhaltig, gemeinwohlorientiert
- 24 und sinnvoller bewirtschaften, deswegen sind diese zu fördern..
- 25
- 26 Klare Angaben bezüglich des Bedarfs an Ertragsflächen, Flächen für Viehzucht,
- 27 Stromproduktion und Ähnlichem müssen von Land und Bund entwickelt werden. Der
- 28 Markt darf nicht die kurzfristig finanziell rentabelste Methode, die der Monokulturen,
- 29 für die Ackerflächen etablieren, sondern es muss ein gesundes und nachhaltiges
- 30 Verhältnis zwischen den Flächennutzungen geschaffen werden. Die nachhaltige
- 31 Versorgungssicherheit Deutschlands ist von elementarer Bedeutung!
- 32 Ein Verbot der Sharedeals bei Agrarflächenverkäufen ist essentiell, denn jene führen



1 ansonsten dazu, dass das Grundstücksverkehrsgesetz umgangen wird und  
2 Nichtlandwirt\*innen durch den Kauf von Anteilen an Agrar-Holdings zu Agrarflächen  
3 kommen.

4

5 Weitere Anpassungen des Grundstücksverkehrsgesetzes sind bzgl. der Vorkaufsrechte  
6 durchzuführen. Landesregierungen brauchen diese, um langfristig günstige  
7 Verpachtung und geforderte Flächennutzungen zu gewährleisten.

8

9 Die Kommunen, die Länder und der Bund dürfen keine weiteren Agrarflächen  
10 verkaufen, sondern dürfen diese ausschließlich und langfristig in direkter Linie an  
11 Landwirt\*innen verpachten. Insbesondere nachhaltige, gemeinnützige und  
12 genossenschaftliche Erzeuger\*innengemeinschaften müssen diese Flächen  
13 bekommen. Vergabekriterien sind entsprechend dem Gemeinwohl anzupassen

14

15 Agrarferne und nichtlandwirtschaftliche Investoren bei Agrarflächen sind weltweit zu  
16 verhindern. Es braucht eine wirkliche Agrarreform, denn es muss für jeden Menschen,  
17 welcher in der Landwirtschaft arbeiten will, eine lebenswerte Zukunft garantiert sein.

18

19 **Die Forderungen kurz zusammengefasst:**

20 1. Wir fordern ein Transparenzregister für sämtliche Grundstücke Deutschlands.

21

22 2. Wir fordern die Vergesellschaftung des Besitzes an Agrarflächen von privaten  
23 Großgrundbesitzer\*innen und eine Förderung von genossenschaftliche  
24 Erzeuger\*innengemeinschaften.

25

26 3. Wir fordern eine nachhaltige Versorgungssicherheit mit klaren Angaben von Bund  
27 und Land bzgl. Nutzungen auf Landwirtschaftlichen Flächen.

28

29 4. Wir fordern Anpassungen des Grundstückverkehrsgesetzes, ein Verbot von  
30 Sharedeals und ein Vorkaufsrecht der Landesregierungen und der Kommunen.

31

32 5. Wir fordern ein Ende des Verkaufs von kommunalen, landes- und bundeseigenen  
33 Agrarflächen, stattdessen brauchen wir Verpachtungen mit einem  
34 gemeinwohlorientierten Vergabekriterienkatalog.

35

# A06

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

## **Krisen erfordern Investitionen – Schuldenbremse endlich abschaffen**

**Antragsteller\*innen**  
Jusos München

**Adressat\*innen**  
Juso-Landeskonferenz, Jusos-Bundeskongress

- 1 **Krisen erfordern Investitionen – Schuldenbremse endlich abschaffen!**
- 2 Unsere Generationen werden geprägt durch Krisen. Die Klimakrise bedroht konkret
- 3 unsere lebenswerte Zukunft, die Coronakrise hat uns in vielen Lebensbereichen ein
- 4 unbeschwertes Jungsein genommen und die Auswirkungen auf die Wirtschaft haben
- 5 große Kosten für die Solidargemeinschaft verursacht, die wir in Zukunft mitfinanzieren
- 6 müssen. Auch die humanitäre Krise, die durch den Ukrainekrieg ausgelöst wird, wird
- 7 spürbare Kosten erzeugen. Gleichzeitig wird das Leben immer teurer, die Preise für
- 8 den öffentliche Personen(nah)verkehr sind zu hoch und er ist schlecht ausgestattet,
- 9 die Mieten verteuern sich und auch sonst steigen die Lebenshaltungskosten
- 10 kontinuierlich an, während sich die Reallöhne nicht gleichermaßen entwickeln.
- 11
- 12 Unabhängig davon, welche Position man zum angekündigten Sondervermögen für
- 13 Investitionen in die bundesdeutsche Sicherheit steht und egal, wie man zur
- 14 angekündigten (Über)Erfüllung des 2%-Ziels steht, ist klar, dass sich die
- 15 finanzpolitische Ausgangssituation für eine zukunftssichere Investitionspolitik in den
- 16 vergangenen Wochen massiv verschlechtert hat. Die Bundesregierung nimmt sich mit
- 17 dem 2% Ziel und dem Wiedereinsetzen der Schuldenbremse schon zu Beginn
- 18 jeglichen finanziellen Spielraum für andere, dringend notwendige, Investitionen.
- 19
- 20 Dasselbe gilt für die Verankerung des Bundeswehr Sondervermögen im Grundgesetz.
- 21 Unabhängig von der Position dazu beschneidet dies nicht nur das Budgetrecht des
- 22 Bundestages, sondern erschwert es auch noch in der Zukunft wieder abzurüsten. Es
- 23 ist für uns Jusos klar, dass die Abrüstung in friedlichen Zeiten wieder eine höhere
- 24 Priorität bekommen wird und muss. Das muss dann auch von entsprechenden
- 25 parlamentarischen Mehrheiten umsetzbar sein.
- 26
- 27 Die Ukraine Krise fordert von unserer Gesellschaft Mehrausgaben. Diese
- 28 Mehrausgaben bestehen für uns vor allem aus der sozialen Abfederung der
- 29 Sanktionen, der gestiegenen Energie und Verbraucherpreise, sowie aus Investitionen
- 30 in die Energiewende. Auch die Unterbringung und Versorgung der Flüchtenden aus
- 31 der Ukraine wird zusätzliches Geld erfordern. Aus unserer Sicht stellt dies eine

1 Notsituation im Sinne der Schuldenbremse dar, und rechtfertigt eine weitere  
2 Aussetzung der Schuldenbremse.  
3  
4 Doch die Aussetzung ist nicht genug. Für eine lebenswerte Zukunft für unsere  
5 Generationen – unabhängig vom eigenen Vermögen und dem eigenen Einkommen –  
6 wird es aber längerfristig notwendig sein, dass massive Investition durch den Staat  
7 erfolgen.  
8 Während es einerseits wichtig sein wird, die Stimme junger Menschen laut in den  
9 Verteilungskampf einzubringen, wird es darüber hinaus notwendig sein die zur  
10 Verfügung stehenden Geldmittel zu erhöhen. Die Schuldenbremse muss endlich  
11 abgeschafft werden.  
12  
13 Handlungsbedarf gibt es aus unserer Perspektive nochmal besonders in der aktuellen  
14 akuten Situation: Vor allem Menschen mit wenig Geld leiden (überproportional) unter  
15 steigenden Energie und Verbraucherpreisen. Das mag zunächst trivial klingen. Da  
16 Menschen mit wenig Einkommen, aber einen höheren Anteil ihres  
17 Haushaltseinkommen für Lebensmittel und Konsumgüter ausgeben müssen, trifft es  
18 sie besonders hart. Für viele Menschen bedeutet eine steigende Inflation, bei nicht  
19 steigenden Löhnen, effektive Reallohnkürzungen und damit verbunden eine Senkung  
20 des Lebensstandard. Auch die Erhöhung von Hartz-4 um 3 Euro im Jahr 2022 sehen  
21 wir als skandalös an. Insbesondere in Anbetracht dessen, dass Hartz bereits das  
22 absolute Existenzminimum darstellen (soll!), sind (effektive) Kürzungen hier zu  
23 verurteilen.

# A07

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

## **Für eine effektive attraktive Liegenschaftspolitik In Bayern!**

**Antragsteller\*innen**  
Jusos München

**Adressat\*innen**  
Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag,  
SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

1 **Für eine effektive staatliche Liegenschaftspolitik in Bayern!**

2

3 **Wir fordern:**

4

5 **1. Keine Privatisierung von Immobilien des Freistaats**

6 Immobilien aus dem Bestand des Freistaats Bayern, egal ob bebaut oder unbebaut,  
7 vermietet oder verpachtet, Wohn- oder landwirtschaftliche Grundstücke, werden  
8 künftig nicht mehr verkauft und damit privatisiert.

9 Grundstücke des Freistaats können an Kommunen weitergegeben werden, wenn  
10 sichergestellt ist, dass diese die Immobilie nicht verkaufen und die geplante Nutzung  
11 dem Allgemeinwohl dient (z.B. bezahlbares Wohnen, erforderliche Infrastruktur etc.).  
12 Grundstücke werden auch an Wohnungsbaugenossenschaften als private  
13 Akteurinnen, die keiner Wohnungsbindung unterliegen, damit nur im Erbbaurecht  
14 vergeben. Denn bezahlbarer Wohnraum ist knapp und soll daher vorrangig denen zu  
15 Gute kommen, die finanziell weniger Möglichkeiten haben und daher am dringendsten  
16 bezahlbare Mieten brauchen.

17

18 Die Durchsetzung dieser Forderung könnte auch über ein Volksbegehren erfolgen.

19

20 **2. Erfassung vorhandener Flächen und Möglichkeiten**

21 Alle Flächen im Eigentum des Freistaats sollen systematisch in einem  
22 Flächenkataster erfasst werden, einschließlich der Immobilien von Beteiligungs- und  
23 Tochterunternehmen des Freistaats Bayern wie der IMBY, BayernHeim, StadiBau,  
24 Studentenwerk etc.

25

26 Dabei ist neben der Lage und der Fläche insbesondere die aktuelle Nutzung  
27 anzugeben, sowie eine Perspektive der Eignung für eine soziale  
28 Wohnraumversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Auch Wohnungsbau  
29 auf schwierigen Grundstücken wie bisherigen Parkplätzen oder Möglichkeiten einer  
30 gemischten Nutzung von Wohnen und Gewerbe sollen dabei geprüft werden.

1 Das Flächenkataster soll digital öffentlich verfügbar, durchsuchbar und filterbar  
2 sein und es soll zugeordnet sein, welche Stelle auf Landesebene zuständig ist.  
3

#### 4 **3. Leerstand vermeiden!**

5 Unser Ziel ist es, Leerstand zu vermeiden. Immobilien im Eingriffsbereich des  
6 Freistaats Bayern dürfen nicht länger als 6 Monate leerstehen. Für alle Immobilien,  
7 die voraussichtlich länger als 3 Monate leerstehen, soll eine Zwischennutzung  
8 insbesondere für soziale oder kulturelle Nutzungen geprüft werden. Bei Objekten mit  
9 Mängeln soll der für eine weitere Nutzung erforderliche bauliche Zustand  
10 schnellstmöglich hergestellt werden. Die Leerstandsquote soll nach dem Vorbild der  
11 Landeshauptstadt München erfasst und jährlich in einem Leerstandsbericht  
12 veröffentlicht werden.

#### **Begründung**

Wohnraum ist in weiten Teilen Bayerns und insbesondere der Landeshauptstadt München ein sehr knappes Gut, vor allem wenn es um bezahlbare Wohnungen geht. Jede geeignete Fläche sollte daher effizient für bezahlbares Wohnen ausgenutzt werden. Insbesondere Flächen, die bereits der Öffentlichkeit schon gehören, dürfen nicht durch eine Privatisierung verloren gehen. Die Liegenschaftspolitik des Freistaats Bayern muss sich vielmehr am Gemeinwohl und der Bayerischen Verfassung orientieren.

Denn die Verfassung des Freistaats Bayern fordert:

#### **Art. 106**

1. Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung.
2. Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden.

#### **Art. 161**

1. Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen überwacht. Mißbräuche sind abzustellen.
2. Steigerungen des Bodenwerts, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.

Diesen Aufgaben aus der Bayerischen Verfassung kommt der Freistaat jedoch nicht nach. Wir können angesichts des Mangels an bezahlbarem Wohnraum nicht akzeptieren, dass Flächen, die sogar im Eigentum des Freistaats Bayern stehen, ungenutzt brach liegen oder sogar verkauft werden. Die Auswertung der Stellungnahme auf eine Anfrage an die Bayerische Staatsministerin für Wohnen zeigt

für München jedoch das Ausmaß leerstehender Immobilien des Freistaats Bayern verteilt über das ganze Stadtgebiet in München.

**Ein Fall wie im Verkauf der GBW-Wohnungen darf sich nicht wiederholen.**

Bekanntestes Beispiel des Verkaufs von Immobilien durch den Freistaat Bayern und seine Beteiligungsgesellschaften ist das der Anteile der BayernLB an der GBW.

Der Bayerischen Landesbank (BayernLB) gehörten im Jahr 2012 noch 92% der Aktienanteile an der Gemeinnützigen Bayerischen Wohnungsgesellschaft (GBW). Aufgrund finanzieller Probleme verkaufte die BayernLB im Jahr 2013 ihre Aktien an der GBW an das private Immobilienunternehmen Patrizia. Der Zuschlag wurde erteilt, obwohl sich mehrere Städte, darunter auch München, in einer Kaufgemeinschaft zusammengetan hatten, um die Anteile der BayernLB an der ehemals gemeinnützigen GBW zu erwerben. Die Kommunen konnten aber nur 643 Millionen Euro für einen Ankauf aufbringen. Zuständig für den Verkauf der BayernLB war der damalige Bayerische Finanzminister, Dr. Markus Söder, heute Bayerischer Ministerpräsident. In den 33.000 Wohnungen der GBW lebten damals mehr als 80.000 Menschen.

Um soziale Probleme abzufedern war mit der Patrizia im Jahr 2013 zwar eine Sozialcharta vereinbart worden, die ein Verbot von Luxussanierungen enthält, einen Kündigungsschutz für über 60jährige Mieter\*innen und den Ausschluss von Eigenbedarfskündigungen. Als Laufzeit für die Sozialcharta wurden 10 Jahre vereinbart, sie endet demnach also im Jahr 2023.

Bereits direkt nach dem Verkauf gab es erste Meldungen von massiven Mietsteigerungen, die Mieten wurden teilweise um 20% erhöht. Im Jahr 2014 konnte die Stadt München zumindest über tausend Wohnungen zurückzukaufen, wobei die Stadt dafür mehr zahlen musste, als die BayernLB beim Verkauf dafür erhalten hatte.

Der im Jahr 2018 auf Druck von SPD, Freien Wählern und Grünen im Landtag eingesetzte Untersuchungsausschuss sollte klären, ob der Verkauf der GBW-Anteile überhaupt notwendig war. Außerdem wäre es vermutlich möglich gewesen, dass der Freistaat selbst die Anteile an der GBW von der ihm gehörenden Landesbank gekauft hätte, um die Mieter\*innen durch den Erhalt von bezahlbarem Wohnraum zu schützen.

Seit Dezember 2018 tritt die frühere GBW unter dem neuen Namen "Dawonia" auf. Die Dawonia hat heute ca. 30.000 Wohnungen, die sie vermietet oder verkauft

# A08

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

## **Freie Fahrt für helfende Bürger\*innen – Alle 1.051.200 Minuten zum Erste-Hilfe-Kurs**

### **Antragsteller\*innen**

Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

### **Adressat\*innen**

Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress,  
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag,  
SPD-Bundestagsfraktion

- 1 Zwischen Januar 2018 und April 2022 sind 10.624 Personen an den Folgen eines  
2 Unfalls im Straßenverkehr gestorben und es gilt, diese Zahlen dringend zu reduzieren.  
3 Dies kann mit Hilfe von Tempolimits, besseren Straßenbau und dadurch auch  
4 höheren Schutz für schwächere Verkehrsteilnehmer\*innen, konsequenter Forschung  
5 an noch besseren Sicherheitsmechanismen im und am Fahrzeug und vor allem einem  
6 verstärkten Bewusstsein für die Gefahren, die man sich und seinen Mitmenschen mit  
7 riskantem Verhalten aussetzt, erreicht werden. Einer der wichtigsten Maßnahmen, die  
8 leider immer wieder übersehen wird, ist jedoch eine Auffrischung des Erste-Hilfe-  
9 Kurses.  
10  
11 Bislang muss dieser einmalig bei Antreten der Fahrprüfung zum Erlangen des  
12 Führerscheins absolviert worden sein. Diese einmalige Verpflichtung beinhaltet einen  
13 Erste-Hilfe-Kurs von neun Unterrichtsstunden á 45 Minuten und somit nicht einmal  
14 sieben Gesamtstunden. Wir finden, dies ist viel zu wenig um ein Leben lang sicher  
15 und zuverlässig im Ernstfall handeln zu können und somit oft sogar Leben zu retten.  
16 Erste Hilfe anzuwenden bedarf, wie viele andere Dinge im Leben, konsequente  
17 Übung und ständige Auffrischung des Wissens und der Erkenntnisstände durch  
18 Expert\*innen. Deshalb fordern wir eine verpflichtende Auffrischung des Erste-Hilfe-  
19 Kurses für alle Führerscheininhaber\*innen nach spätestens zwei Jahren. Es soll einen  
20 Toleranzzeitraum von drei zusätzlichen Monaten geben, jedoch wird der Führerschein  
21 bei Nichteinhaltung der Forderung ungültig. Die Kosten für den Auffrischkurs  
22 (zwischen 20€ – 40€) sollen vom Staat übernommen werden. Zusätzlich muss  
23 gewährleistet werden ausreichend viele Kursstellen bereitzustellen, die dem neuesten  
24 Wissensstand entsprechen, von kompetentem Personal geleitet werden und die  
25 nötigen Übungsmaterialien kostenlos zur Verfügung stellen.  
26  
27 Die Koppelung eines erst kürzlich absolvierten Erste-Hilfe-Kurses an die Gültigkeit  
28 des Führerscheins soll langfristig durch mehrere ergänzende Richtlinien dazu führen,  
29 dass jede in Deutschland lebende Person zwischen sechs und 70 Jahren dazu

- 1 befähigt ist zuverlässig, dem Alter entsprechende Erste-Hilfe-Maßnahmen anwenden
- 2 zu können.



# A09

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

## **Wo ist Frank-Walter im Alter? – Gegen die Dienstpflichten**

**Antragsteller\*innen**

Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

**Adressat\*innen**

Juso-Landeskonferenz

1 Immer wieder kommt ein\*e Politiker\*in daher und meint, die Forderung nach einer  
2 Dienstpflicht für junge Menschen sei eine gute Sache. Zuletzt hatte diesen Einfall  
3 Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und auch wenn er wohl der ranghöchste  
4 Politiker mit dieser Idee ist, wird sie dadurch immer noch nicht richtiger. Argumente,  
5 die für eine Dienstpflicht ins Feld geführt werden, sind beispielsweise, dass der  
6 gesellschaftliche Zusammenhalt immer schlechter werde, dass junge Menschen  
7 lernen müssten, dass es nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gebe, dass eine  
8 Tätigkeit für die Gesellschaft einen Mehrwert für alle brächte. Die noch schlechteren  
9 Argumente geben sogar noch offen zu, dass mit einer Dienstpflicht zum Beispiel der  
10 Personalmangel in der Pflege behoben werden soll. Gesamtgesellschaftliche  
11 Probleme werden also auf junge Menschen abgeladen, Missstände, für die die Politik  
12 der letzten Jahre und Jahrzehnte verantwortlich ist, sollen durch den Zwang zum  
13 Dienst an der Gesellschaft kosmetisch überdeckt werden. Für uns ist klar: Das wird es  
14 mit uns nicht geben! Diese Idee ist völlig aus der Zeit gefallen und passt in keiner  
15 Weise zur Lebensrealität junger Menschen. „Grundschulabitur“, Leistungs- und  
16 Notendruck, immer mehr Hausaufgaben und vieles mehr, was für Schüler\*innen Alltag  
17 ist, baut einen unglaublichen Druck auf und beansprucht einen Großteil ihrer Zeit.  
18 Trotzdem engagieren sich viele junge Menschen ehrenamtlich in verschiedenen  
19 Vereinen, Parteien und Jugendorganisationen. Der Vorwurf, junge Menschen  
20 interessieren sich nur für sich selbst und wenden sich von der Gesellschaft ab, ist also  
21 faktisch falsch. Noch deutlicher wird das beim Blick auf die hohe Zahl an die  
22 Freiwilligendienstleistenden, wie z.B. im FSJ. Die Möglichkeiten, freiwillig einen  
23 solchen Dienst an der Gesellschaft zu tun, bestehen also und sie werden auch  
24 genutzt. Hier gibt es auch viele Probleme, die gelöst werden müssten - beispielsweise  
25 die Frage danach, wie sich Jugendliche aus finanziell schlechter gestellten Familien  
26 einen solchen Freiwilligendienst leisten können. Genau dieses Problem würde mit  
27 einer Dienstpflicht noch größer. Sie würde eine enorme finanzielle Belastung für viele  
28 Familien bedeuten und zugleich die finanzielle Unabhängigkeit von jungen Menschen  
29 noch weiter verschlechtern.

1 Genauso könnte man die Einführung einer Dienstpflicht für alte cis Männer  
2 diskutieren, da diese im Bezug auf ihre Lebenszeit weniger Care-Arbeit geleistet  
3 haben als FLINTA\*. Wann übernehmen Männer, die über Jahrzehnte von der  
4 kostenlosen Care-Arbeit von FLINTA\*-Personen profitiert haben endlich  
5 gesellschaftliche Verantwortung und leisten ihren Teil an reproduktiver Arbeit? Bisher  
6 hat niemand dieses Konzept ernsthaft vorgetragen - berechtigterweise. Als Jusos  
7 lehnen wir Dienstpflicht-Ideen für alle Menschen ab, weil sie keine sozialen Probleme  
8 lösen. Stattdessen wird einzelnen Gruppen die Verantwortung zugeschoben und  
9 ihnen die Selbstbestimmung genommen.

# A10

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

## Keine Nazi-Katzen für die Bundeswehr!

### Antragsteller\*innen

Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

### Adressat\*innen

Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress,  
SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

1 Die Fahrzeuge der Bundeswehr werden in der Regel nach Tieren benannt, die ihre  
2 Funktion bzw. ihre besonderen Eigenschaften ausdrücken sollen. Der „Biber“ kann  
3 eine Brücke über einen Fluss legen, der Bergepanzer „Büffel“ soll große Lasten  
4 zuverlässig tragen etc. Bekannt ist der Leopard-Panzer als wichtigstes  
5 Panzerfahrzeug der Bundeswehr. Insofern ist es zunächst nicht überraschend, dass  
6 Rheinmetall den neu entwickelten Panzer KF51 als möglichen Nachfolger des  
7 Leopard II für die Bundeswehr und den Export an die Verbündeten Deutschlands  
8 nach der Raubkatze „Panther“ benannt.

9

10 Tatsächlich ist diese Benennung, wie insgesamt die Tradition der Benennung von  
11 deutschen Waffen nach Tiernamen, geschichtsvergessen und höchst problematisch.  
12 Es waren nämlich Joseph Goebbels und sein nationalsozialistisches Propaganda-  
13 Ministerium, welche Waffensysteme der Wehrmacht während des Zweiten Weltkriegs  
14 Suggestivnamen gaben, um die eigenen Truppen bei ihren verbrecherischen  
15 Raubzügen anzufeuern und die gegnerischen Truppen zu erschrecken. Insbesondere  
16 für Panzer etablierte sich die Benennung nach Raubkatzen – wie eben dem  
17 Panzerkampfwagen V „Panther“. Dieser wurde besonders in der Schlacht am Kursker  
18 Bogen im Juli 1943 gegen die Rote Armee eingesetzt, unweit der heutigen  
19 Schlachtfelder im Russland-Ukraine-Krieg. Dies und die Tatsache, dass der neue  
20 „Panther“ als potenzielle Abwehr des neu entwickelten russischen Panzers T-14  
21 Armata intendiert ist, lässt diese Benennung noch unpassender erscheinen. Die  
22 Benennung wurde von mehreren Historiker\*innen kritisiert, z. B. Klaus Wittmann.

23

24 Wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Landes- und Bündnisverteidigung, lehnen  
25 aber Militarismus und positive Bezugnahme auf die Wehrmacht entschieden ab!

26

### 27 Daher fordern wir:

- 28 • Der Konzern Rheinmetall wird aufgefordert, den Panzer KF51 nicht unter dem  
29 Namen „Panther“ zu vermarkten.

- 1 • Sollte dieser Panzer von der Bundeswehr oder den Verbündeten Deutschland  
2 genutzt werden, darf er nicht unter dem historisch vorbelasteten Namen „Panther“  
3 laufen.  
4
- 5 • Insgesamt ist die Tradition der Tier-Benennungen durch die Wehrmacht  
6 vorbelastet und muss für die Bundeswehr für bestehende und künftige  
7 Militärfahrzeuge und Waffensysteme eingestellt werden.  
8
- 9 • Neue Waffensysteme dürfen von der Bundeswehr – unter welchem Namen auch  
10 immer – nur in Betrieb genommen werden, wenn sie nachgewiesenermaßen für  
11 die Landes- und Bündnisverteidigung notwendig sind. Ausrüstung statt  
12 Aufrüstung!  
13
- 14 • Wir bekräftigen unsere Forderung, rechtsradikale Strukturen in der Bundeswehr  
15 konsequent zu zerschlagen und jede positive Bezugnahme auf Traditionen der  
16 Wehrmacht zu unterbinden.  
17
- 18 • Auch bekräftigen wir unsere Forderung, die deutsche Rüstungsindustrie zu  
19 verstaatlichen. Militaristische Panzer-Shows wie Rheinmetalls Vorstellung des  
20 KF51 werden so ebenfalls unterbunden.